

# Meldungen

## Thomas Bärthlein und Nisa Punnampambal

### Terror-Anschlag auf indisches Parlament

Kurz vor Redaktionsschluß dieser Ausgabe verübten Terroristen am 13. Dezember einen Anschlag auf das indische Parlament in Delhi. Die Identität der Täter und ihre Motive waren zunächst unbekannt. Die mit Granatwerfern und Maschinengewehren bewaffneten Attentäter fuhrten in einer Limousine vor einen Nebeneingang und eröffneten sofort das Feuer. Bei der anschließenden Schießerei mit Sicherheitskräften starben fünf Terroristen, sechs Sicherheitsbeamte und ein Zivilist.

### Selbstmordanschlag in Srinagar

Am 1. Oktober kam es zum schwersten Terror-Anschlag im Kaschmir-Tal seit langem: Ein mit Sprengstoff beladener Kleinwagen rammte das Tor zum Regionalparlament in Srinagar. Bei der Explosion und einer anschließenden Schießerei kamen 33 Soldaten, fünf Zivilisten und vier militante Muslime ums Leben. Indischen Angaben zufolge bezichtigte sich die Separatistengruppe *Jaishe Mohammed*, den Anschlag durchgeführt zu haben.

### Jayalalitha: Verurteilung in Berufungsinstanz aufgehoben

Die tamilische Politikerin Jayalalitha, Chefin der in Tamil Nadu regierenden AIADMK, muß nun doch nicht wegen Unterschlagung ins Gefängnis. Der *Madras High Court* hob das Urteil gegen sie auf. Damit steht ihr auch der Posten der Ministerpräsidentin von Tamil Nadu wieder offen. Erst im September hatte der Oberste Gerichtshof sie wegen des Strafverfahrens zum Rücktritt gezwungen. Jayalalitha hatte daraufhin ihren Vertrauten O. Panneerselvam als „Statthalter“ im Chefminister-Amt eingesetzt.

### Streit um neues Anti-Terror-Gesetz

Die BJP hat mit der „Verordnung zur Terrorismus-Prävention“ (POTO, *Preven-*

*tion of Terrorism Ordinance*) ein neues Wahlkampfthema gefunden. Bisher gelang es nicht, diese Verordnung als Gesetz durch das Parlament zu bringen. Opposition und Menschenrechtsgruppen sind auch mit einer „entschärften“ Verfassung, aus der beispielsweise eine Auskunftspflicht für Journalisten gestrichen wurde, nicht einverstanden. Sie befürchten, daß POTO – wie frühere Anti-Terror-Gesetze – zur Bekämpfung politischer Gegner mißbraucht werden könnte. Vor allem im größten Unionsstaat Uttar Pradesh, wo im Februar ein neuer Landtag gewählt wird, könnten Muslime zur Zielscheibe der so genannten „Terror-Bekämpfung“ werden, so die Kritiker. Die BJP betont dagegen, das Gesetz sei im Einklang mit aktuellen UN-Resolutionen dazu geeignet, durch Beschlagnahme von Geldern terroristischen Gruppen etwa in Kaschmir die Grundlage zu entziehen.

Mittlerweile hat die Regierung die Verordnung bereits dafür benutzt, maoistische Gruppen für fünf Jahre zu verbieten: Die *People's War Group* und das *Maoist Communist Centre*. Beide sind unter anderem im südindischen Unions-Staat Andhra Pradesh sehr stark. POTO bedeutet nun zum Beispiel, daß Aussagen vor einem Polizisten vor Gericht Beweiskraft erhalten. Das ist in indischen Strafprozessen normalerweise nicht zulässig, und die Polizei argumentiert, daß die Menschen, von den Maoisten eingeschüchtert, ihre Aussage meistens nicht öffentlich im Gerichtssaal wiederholen wollen. Dagegen haben Menschenrechtler z.B. Bedenken, im Rahmen von POTO könnten auch Unschuldige, die in Kontakt mit Maoisten gekommen sind, „vorläufig“ festgenommen werden. Bis sie ihre Unschuld beweisen könnten, würden sie möglicherweise mehrere Jahre im Gefängnis verbringen.

### Internationale Kampagne gegen Kinderhandel

Laut *terre des hommes* (tdh) sind Jungen und Mädchen weltweit zu einer begehrten Ware geworden. Von ihren Händlern

als Arbeitsklaven, Prostituierte, Bettler oder auch zum Zwecke der kommerziellen Adoption verkauft, landen sie oft aus Unwissenheit und Unbedarftheit im Kreislauf der Ausbeutung und der Anonymität.

Am 29.10 2001 startete die Kinderhilfsorganisation in Berlin mit einer internationalen Kampagne gegen Kinderhandel, um den schamlosen Kriminellen das Handwerk zu legen. Die Praktiken skrupelloser Händler sind auch indischen Rechtsexperten nicht unbekannt. Wie die Zeitschrift *Überblick* berichtet, wurde bekannt, daß unter den Namen von Wohltätigkeitsorganisationen ein profitabler Baby-Handelsring im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh agierte. Die zwei NGOs, *Action for Social Development* und das *John Abraham Memorial Home*, wurden angeklagt, aus der Situation verarmter indischer Familien Profit geschlagen zu haben. Die Organisationen sollen von den verarmten Familien neugeborene Kinder, überwiegend Mädchen, für 20-60 Dollar „angekauft“ haben und sie dann für bis zum hundertfachen Preis an adoptionswillige indische und ausländische Paare verkauft haben.

Um Kinderhandel dieser Art wirksam zu bekämpfen, ist die Kampagne von tdh auf drei Ebenen aktiv. Eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit soll den Schutz für gefährdete Kinder erhöhen. Existierende internationale Konventionen zum Schutz des Kindes sollen in der Rechtsprechung einzelner Staaten Niederschlag finden, und Hilfsangebote für Kinder werden geschaffen.

### „Gipfel der Scheinheiligkeit“

Im Vorfeld der Asienreise Schröders erteilte die Bundesregierung der Firma Siemens die Hermes-Bürgschaft, also eine Exportgarantie - für den umstrittenen Tehri-Staudamm.

Laut Heffa Schücking von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *Urgewald*, kann diese Entscheidung nun ein Freifahrtschein für jedes weitere Katastrophen-Projekt sein, unabhängig davon, was es für Schäden für Mensch und

Umwelt. anrichtet. Die weltweite Bekämpfung des Terrorismus werde als Vorwand benutzt, so Schücking, um einen Damm zu stützen, der zu einer Katastrophe für Millionen von Menschen führen kann. Internationale Organisationen sowie indische Umweltschützer, allen voran Sunderlal Bahaguna, kämpfen seit mehr als zehn Jahren gegen den Bau des Staudammes. Tehri wird in einem stark von Erdbeben gefährdeten Gebiet gebaut. Sowohl indische als auch internationale Experten gehen davon aus, daß der Damm nicht in der Lage sein wird, einem Erdbeben der Größenordnung acht auf der Richter-Skala standzuhalten. Die Flutung des besiedelten Gebietes bedeutet, daß die Bewohner der Stadt Tehri sowie der 107 betroffenen Dörfer ordnungsgemäß umgesiedelt und entschädigt werden müssen. Geschieht dies nicht, ist dieses Vorgehen auch nach indischen Gesetzen rechtswidrig. Siemens hat den Auftrag für die Schaltanlage für das Kraftwerk erhalten. Der Auftrag ist für Siemens von großer Bedeutung, da er auf einen Wert von 30 Millionen Euro geschätzt wird.

Die Erteilung der Hermes-Bürgerschaft wird von allen Aktivisten im In- und Ausland als Schlag gegen die Glaubwürdigkeit der im vergangenen April von der Bundesregierung verabschiedeten Reform der Hermes-Bürgerschaften empfunden. Die von der Regierung erteilte Exportbürgerschaft wird zwar nur für eine Teilkomponente des Projektes bereitgestellt, aber sie hat dem Projekt zu einer neuen Legitimation in Indien verholfen.

Hermes geht in einer offiziellen Stellungnahme zum Staudamm-Projekt davon aus, daß die Umsiedlung der betroffenen Bevölkerung bereits im wesentlichen abgeschlossen ist. Laut Heffa Schücking sind im Fall Tehri bisher allerdings erst 28 Prozent der betroffenen Bevölkerung umgesiedelt bzw. entschädigt worden.

### Führungswechsel in Uttaranchal

Im Vorfeld einiger Landtagswahlen zeigte die BJP Anzeichen von Nervosität. Niederschlag fand dies in plötzlichen Führungswechseln, zunächst in Gujarat und nun auch in Uttaranchal. Obwohl der Wechsel an der Spitze nicht ganz verwunderte, überraschte dennoch der Zeitpunkt und die Wahl des neuen Chefministers Koshiyari. Koshiyari, Pädagoge mit journalistischer Erfahrung, jedoch wenig nennenswerte Erfahrung in Verwaltung und aktiver Regierungspolitik, gehört der Rajput -Gemeinschaft in Kumaon an. Politische Beobachter beurteilen die Entscheidung für Koshiyari als einen Schachzug gezielter Kastenpolitik. Die Rajputen haben traditionell in der Kumaon Region das Schicksal jeder politischen Partei bestimmt. Sie machen 60 Prozent der Berg-Bevölkerung aus. Die Parteispitze, so wird vermutet, erhofft sich durch die Wahl von Koshiyari die Anerkennung der Rajputen. Die Unbeliebtheit des Vorgängers Nityanand Swamy führen viele BJP-Politiker auf seine Nähe zum altgedienten Congress-Anführer N.D. Tiwari zurück. Anstei-

gende Preise für Grundnahrungsmittel, ausbleibender Erfolg in der Arbeitslosenpolitik, wachsende Kriminalität insbesondere in Dehra Dun sowie die immer größer werdende Beliebtheit der Congress-Partei bringen die BJP-Regierung unter Druck.

### Massenverhaftungen von Rauchern

In Südinien sind Anfang November 1.000 Menschen festgenommen worden, weil sie verbotenerweise in der Öffentlichkeit geraucht haben. Die Polizei erwischte die Raucher unter anderem auf Marktplätzen in Chennai (Madras). Gegen Geldstrafen von bis zu 500 Rupien wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Rauchen an öffentlichen Plätzen wie Krankenhäusern, Schulen und Hochschulen, Bibliotheken, Gerichten und öffentlichen Verkehrsmitteln ist in Indien seit neuestem auf Anordnung des Obersten Gerichts offiziell verboten.

### Dalit Solidarität Deutschland (DaSoDe)

Auf Initiative von *Brot für die Welt* wurde in Frankfurt die Plattform DaSoDe gegründet. Mit von der Partie sind unter anderem die Caritas, der EED und Misio. Die DaSoDe soll den 160 Millionen Kastenlosen/Unberührbaren helfen, Diskriminierungen mit Unterstützung nationaler und internationaler Anstrengungen abzubauen.

## Vom Schock zur Gleichgültigkeit

### Indische Reaktionen auf den WTC-Anschlag und Amerikas „Krieg gegen den Terrorismus“

Thomas Berger

**Entsetzen am Tag des Anschlags. Trauer in der nächsten Zeit auch um indische Opfer. Und ein plötzlich erwachtes Interesse auch des Durchschnittsinders am „Nachbarland“ Afghanistan gehören zur Wahrnehmung des Anschlags vom 11. September sowie seiner geo- wie regionalpolitischen Folgen.**

Es war früher Abend, und ich saß mit zwei Freunden in einem Mittelklasse-Restaurant im Zentrum Calcuttas. Alles war ganz normal, bis mit einem Moment alle Blicke auf den in ei-

ner Ecke laufenden Fernseher gerichtet waren und selbst die übermäßige Dienstbarkeit der Kellner - die einem jeden Wunsch schon von den Augen ablesen, bevor man überhaupt weiß, daß man ihn

hat - zum völligen Erliegen kam. Es hätte schon eines sehr lauten Rufes bedurft, den Nächststehenden der dienstbaren Geister aus seiner Erstarrung zu lösen. Doch die Gäste waren gleichfalls erstarrt,